

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Beierlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mt., für einen Monat 5.— Mt., Beleggeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4598. — Postfachkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 18898. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mt. bei Platzvorbehalt 2.30 Mt.; Familienanzeigen für die Seite 1.70 Mt. Reklame-Kolonelle 7.50 Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluss der Inseraten-Nachnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Für die russischen Brüder!

### Riesendemonstration in Berlin.

Der Protest der Berliner revolutionären Proletarier gegen den Erbvertrags-Vorstoß.

Berlin, 12. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Demonstration für Sowjetrußland, die die USV. und RPD. gestern gemeinsam veranstalteten, nahm einen imponierenden Verlauf. Die Arbeiter der großen Betriebe zählten in geschlossenen Säulen in großer Zahl von allen Seiten an. Der Vorwärts hebt hervor, daß die Demonstration gut organisiert, programmatisch durchgeführt und in musterhafter Ordnung verlief; die überregionale Presse betont die innere Geschlossenheit der Demonstration. Um 5 Uhr war der ganze Lustgarten, d. h. der Raum zwischen Schloss und Museum, zwischen Dom und Säge von einer nach Zehntausenden zählenden dichtgedrängten Menge gefüllt. 5.10 Uhr ertönte ein Trompetensignal, das Zeichen des Beginns zum Marsch. Die Redner sprachen alle nur eine halbe Stunde. 5.40 Uhr verläutete ein Trompetensignal den Schluss der Demonstration. In ungeörterter Ordnung, wie sie geübt worden waren, rückten die Demonstranten in geschlossenen Säulen ab. Der Eingriff der Ordnung, die in großer Zahl zur Stelle waren, beherrschte es kaum, die Ordnung wurde durch den einheitlichen Willen der Massen ohne Störung aufrechterhalten.

### Die Reichsliste der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Berlin, 12. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Am 11. Mai tagte in Berlin eine gemeinsame Sitzung der leitenden Generalkörper der USV., Zentralkomitee, Bezirk und Kontrollkommission, mit den Vertretern der Bezirke aus dem Reich. In der Sitzung wurde die Reichsliste der Partei für die Reichstagswahl angesetzt, wobei die Vorschläge der Bezirke und sonstigen proletarischen Organisationen als Unterlage dienen. Die Liste weist folgende Namen auf: 1. Toni Sender, Frankfurt; 2. Wilhelm Dittmann, Berlin; 3. Bruno, Eisenbahner, Frankfurt; 4. Dr. Paul Herz, Berlin; 5. Dr. Kurt Geyer, Leipzig; 6. Hans Wittich, Mühlhausen; 7. Dr. Josef Herfeld, Berlin; 8. Medaillen, P. H. A., Pflaun; 9. Dr. Julius Rose, Berlin; 10. Frida Duff, Berlin; 11. Paul Sauerberg, Bremen; 12. Berthel, Berlin; 13. Rosemann, Bergarbeiter, Essen; 14. Otto Brunschardt, Chemnitz; 15. Hans Kleinert, Hannover; 16. Gendemann, Mühlhausen; 17. Linde, Mühlhausen; 18. Heinrich Dittmann, Frankfurt; 19. Emil Mann, Berlin; 20. Ludwig Ernst, Berlin; 21. August Wesseler, Braunschweig; 22. Brandt, Bergarbeiter; 23. Ernst, Reichsbahn (Mühlhausen) aus dem besetzten Gebiet; 24. Grünwald, Elbing; 25. Paul Schulz, Eisenbahner, Frankfurt a. M.

Die Organisationsleitungen der USV. in den einzelnen Wahlbezirken müssen bis spätestens am 27. Mai der Reichsleitung mitteilen, ob sie die Kandidatenliste ihres Bezirkes an die Reichsliste Sender-Dittmann angehängt werden soll, sonst gehen die Bestimmungen der Bezirke verloren.

### Eine neue Auslieferungsliste.

Berlin, 12. Mai. (Z. V.) Wie gemeldet, hat die Entente der deutschen Regierung eine weitere Liste angeleglicher Kriegsbeschädigter zugehen lassen. Auf der ersten Namensliste stehen 46 Personen, darunter v. Bülow, Führer der 2. deutschen Armee, v. Below, General bei der 5. Brigade der 3. Garde-Division, Freyberg, v. Langemann, Generalmajor, Kommandeur der Brigade des 1. und 2. Garde-Regiments, Prinz Ernst von Sachsen, v. Arnault de la Perrière, Kommandant von „U. 58“ (Torpedier der italienischen Schiffe „Stena“, „Doria“ und „Alba“), Paglia, Kommando Oberleitung zur See, Kommandant von „U. 56“ (Torpedier der englischen Hospitalschiffe „Laudowen Castle“, „Kewman“, „Gael“, Oberleitnant zur See, Kommandant von „U. 67“ (Torpedier der englischen Hospitalschiffe „Dover Castle“, „Werner“, „Wilhelm“, Kapitänleutnant (Torpedier der englischen Hospitalschiffe „Lothringen“).

### Deutschland verlangt die Räumung Frankfurts.

München, 11. Mai. (Z. V.) Reichswehrminister Dr. Götter erklärte dem Berliner Mitarbeiter der Münchener Neuesten Nachrichten, daß vom 10. Mai an nur noch die vorgeschriebene Zahl von 20 Bataillonen, 10 Schwadronen und 2 Bataillonen in der neutralen Zone stehen. Es werde nunmehr umgesehen von der Entente die Räumung Frankfurts und der übrigen Zone verlangt werden.

### Der türkische Friedensvertrag.

Paris, 11. Mai. Der türkische Friedensvertrag ist heute nachmittags am Quai d'Orsay den türkischen Delegierten überreicht worden. Er besteht aus 18 Teilen. Der erste Teil behandelt den Waffenstillstand. Der zweite legt die neuen Grenzen der Türkei in Europa und Asien fest. Der aus 18 Kapiteln bestehende dritte Teil zwingt die Türkei, die bestehenden Veränderungen, die in Europa und Asien getroffen worden sind und noch getroffen werden können, anzuerkennen. Er enthält eine Spezialkonvention für die Meerengen, für die Autonomie und ev. die Unabhängigkeit von Kurdistan und Schirvan.

ein Sonderregime für die Stadt und den Bezirk von Smyrna. Er verlangt ferner die Anerkennung der beiden neuen Staaten Gedhas und Kementen und die vorläufige Anerkennung von Syrien und Mesopotamien als unabhängige Staaten. Der dritte Teil verlangt auch von der Türkei die Anerkennung der durch den Krieg in Ägypten, dem Sudan, Jopern und auf den Inseln des Ägäischen Meeres geschaffenen Lage, ferner die Anerkennung des französischen Protektorats über Marokko und Tunis. Der vierte Teil beschäftigt sich mit dem Schutze der Minderheiten in der Türkei sowie mit der Wiedergutmachung für die während des Krieges verursachten Schäden. Der fünfte Teil enthält die militärischen und maritimen Klauseln und bestimmt, daß die obligatorische Dienstpflicht in der Türkei abgeschafft wird. In den Meerengen müssen die Festungen geschleift werden. Außerdem können Frankreich, England und Italien See-Streitkräfte sowie militärische und Luft-Streitkräfte dort unterhalten. Die anderen Teile behandeln u. a. die internationale Hafenkontrolle, die Kontrolle über die Flußschifffahrt und über das Eisenbahnwesen, beschäftigen sich aber auch mit dem etwaigen Eintritt Rußlands zu den kontrahierenden Staaten.

III. Frankfurt a. M., 12. Mai. Aus dem türkischen Friedensvertrag lassen sich noch folgende beachtenswerte Einzelheiten nachtragen: In den Meerengen werden die Befestigungen der Dardanellen und des Bosporus geschleift. Die Türkei werde keine Batterien, keine Torpedos, keine Unterseeminen und keine Unterseeboote besitzen dürfen. Eine internationale Kontrollkommission, eine internationale Militärkommission und eine internationale ständige Garnison werden die Meerengen überwachen. Die Türkei wird eine Armee von 50 000 Mann, die sich aus Freiwilligen mit einjähriger Dienstzeit rekrutiert, behalten können, dagegen darf sie keine Flotte haben.

### Ungarn und der Friedensvertrag.

In der ungarischen Nationalversammlung sagte der Minister des Auswärtigen, Teleki, am Schluß einer längeren Rede sein Urteil über den Friedensvertrag in folgenden Sätzen zusammen: Der Friedensvertrag ist schlecht, sehr schlecht; der hollische Ton, in dem er überreicht wurde, ändert daran nichts. Die gegenwärtige Generation ist unglücklich. In manchen ist sogar der verzweifelte Gedanke aufgetaucht, daß vielleicht eine völlige Aufteilung besser wäre: Aber das Schicksal Polens! Das darf aber nicht geschehen. Ungarn steht nicht um sein Leben, sondern ist vom Willen zum Leben durchdrungen. — Auf Vorschlag des Ministers wird sich zunächst der Ausschuss für Neubereit mit dem Friedensvertrage beschäftigen. Parallel damit wird die Friedensdelegation die Antwort an den Obersten Rat feststellen. Das Parlament selbst wird sich mit dem Friedensvertrage erst beschäftigen, wenn es durch die noch vorzunehmenden Wahlen ergänzt sein wird.

### Unterzeichnung unter Protest.

Budapest, 11. Mai. (Z. V.) Es bestätigt sich, daß Ungarn unter dem Zwange der Verhältnisse sich zur Unterzeichnung des Friedensvertrages entschließen müssen. Die Unterzeichnung wird jedoch unter Protest erfolgen. Keinesfalls werden die Mitglieder der Friedensdelegation unter dem Vertrag ihre Unterschriften setzen, sondern ein Beamter wird den Auftrag erhalten, unter Befehl einer Protestkundgebung die Unterzeichnung vorzunehmen.

### Beendigung des polnischen Streiks in Oberschlesien.

Duppeln, 12. Mai. (Z. V.) Die polnischen Gewerkschaften erlassen einen Aufruf, die Arbeit in Oberschlesien heute früh wieder aufzunehmen.

### Allgemeine deutsche Vereinigung in Oberschlesien.

Duppeln. Sämtliche politischen Parteien, einschließlich der Unabhängigen, ferner die freien und die christlichen Gewerkschaften, die Angestelltenverbände und die Organisationen der Kriegsschädigten und Kriegsteilnehmer, haben sich zu einer Kreisgruppe des deutschen Abstammungskomitees zusammengeschlossen.

### Bauernaufstand in Weichruthenien.

Kopenhagen, 11. Mai. (Z. V.) Das hiesige Weichruthenische Pressebureau meldet: Nach den letzten Nachrichten ist in Weichruthenien ein Bauernaufstand ausgebrochen, der namentlich im Gouvernement Minsk verbreitet ist. Die Bauern erheben sich gegen die polnischen Ausbeuter und gegen die polnische Gendarmerie. Viele Gutsherrn sind geflüchtet. Das polnische Militär unterdrückt den Aufstand mit grausamen Mitteln; u. a. vernichtete polnische Artillerie drei Dörfer. Dieser Bauernaufstand ist nicht auf bolschewistische, sondern auf russische Füße; er ist ein Protest gegen die Politik, die die Polen im besetzten Gebiet von Weichruthenien geübt haben.

### Die Partei der Koalitionspolitik

W. O. Herr Scheidemann hat auf der Reichskonferenz der SPD. in Berlin für die Wahlen dieselbe Parole ausgegeben, die er vor Monaten als gewählter Demagoge in Oppositionsstellung der Regierung Bauer zugerufen hatte: Gemeinsame Front des geeinigten Proletariats gegen rechts. Wenn auch Herr Scheidemann kein Politiker ist, so ist er doch von jeher ein geschickter Taktiker gewesen, und wenn seine Parteifreunde damals Herrn Noke folgten und den Kasseler Oberbürgermeister in seiner Opposition last abfallen ließen, so haben sie nun inzwischen begriffen, worauf seine Taktik hinauslief und was er für die Wahlen plante. Die Fiktion innerhalb der rechtssozialistischen Partei ist seit der Reichskonferenz wieder bei Herrn Scheidemann, nachdem die Noke-Gruppe dem deutschen Volke und der Partei den 18. März besetzt hat. Mit Herrn Noke konnte man keine Wahlen mehr in Deutschland machen, das begriffen nunmehr alle. Deshalb stimmten sie für die Formel: Front gegen rechts — mit gewaltiger Mehrheit. Es gelang Herrn Scheidemann aber, auch seinen taktisch weniger gewildeten Parteigenossen klarzumachen, was er mit der Formel vom geeinigten Proletariat wollte.

Die Koalitionspolitik war als Wahlparole unmöglich. Der Reichskanzler Müller selbst erklärte mit erschütternder Offenheit: Koalitionspolitik ist keine Wahlparole. Also nicht etwa aus prinzipiellen Gründen, nicht etwa aus neuer Erkenntnis heraus, daß die Koalitionspolitik das deutsche Volk nur weiter ins Unglück geführt hat, daß sie den Sozialismus hinterleben, die revolutionäre Entwicklung aufschalten hat, nicht aus dieser Befürchtung heraus wendet die Partei sich von der Koalitionspolitik ab, sondern nur um der Wahlparole willen. Ein taktisches Manöver, das die Wähler alle rechtzeitig erkennen sollten, durch das Herr Scheidemann selbst mit Hilfe des Herrn Reichskanzlers niemals irreführen wird.

Es ist noch nicht allzu lange her, noch nach den Tagen des Rapp-Dittschs, da war man sich in der sozialdemokratischen Partei noch nicht im geringsten darüber klar, ob man nicht die Wahlen unter der Parole der Koalitionspolitik würde durchführen können. Zwar war die Stimmung in der eigenen Wählerchaft, in den Reihen der eigenen Partei seit dem Austritt des Systems Noke bedenklich ins Schwanken geraten, aber die Unentwegten: Ebert und Bauer — hätten doch gar zu gern an der Koalitionspolitik festgehalten. Es ist nicht ihre Schuld, daß sie in die Wahlen nicht mit der Parole gegangen sind; für die Koalition und gegen den Sozialismus! Nicht die Sozialdemokratie, sondern das Zentrum hat für die Wahlen die Koalition vorschlagen. Der Abgeordnete Trimborn war es, der bei der Diskussion über die Vorgänge im Ruhrgebiet eine Rede hielt, nach der jedes Zusammengehen der Sozialdemokraten mit dem Zentrum bei den Wahlen unmöglich geworden war. Damit war die Hoffnung auf die besprochenen Koalitionswahlen aus. Wenn die sozialdemokratische Partei nicht allein auf weiter Flur stehen wollte, so blieb der Reichskonferenz nichts übrig, als der innerlich unwahren Wahlparole Scheidemanns für das geeinigte Proletariat zu folgen.

Die Unwahrscheinlichkeit dieser Wahlparole ist schon genügend dadurch gekennzeichnet, daß ein Mann wie Scheidemann sie erfaßt, der noch vor einem Jahre, als er sich und seine Politik unbesiegbar glaubte, hochmütig den Schrei der Massen nach Einigung des Proletariats mit anhörte. Wie die Deutschenationalen plötzlich ihre alten Wahlparolen: Für Monarchie, Revolutionskrieg, gegen Frauenwahlrecht, für Klassenwahlrecht, für Arbeiterrechte, gegen Koalitionspolitik, in ihrem neuen Wahlauftritt vergessen machen wollen, so will die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Partei vergessen machen, daß sie mit ihrer Koalitionspolitik die Einigung des Proletariats verhindert hat, daß sie durch die Konzeption an die kapitalistischen Koalitionsgenossen den Sozialismus und die Revolution boykottiert hat. Aber, so wenig die deutsche Arbeiterchaft sich über das wahre Wesen der Deutschenationalen täuschen lassen wird, so wenig wird sie sich durch Herrn Scheidemanns Wahlparolen über den wahren Geist der sozialdemokratischen Partei täuschen lassen.

Die Reichskonferenz und mit ihr, also die sozialdemokratische Partei haben sich nicht zu einer offenen Waise an die Koalitionspolitik entschließen können. Um ihre Wahlparole, von der Einigkeit des Proletariats brauchen wir uns nicht zu kümmern. Sie ist nicht tragend, unschlüssig und wird nicht tragend bleiben, sofern sie nicht die Probe bestand, die allein in der völligen Waise an die Koalitionspolitik gegeben ist. Diese Waise aber hat die Reichskonferenz nicht ausgesprochen. Diese Waise wird auch kein sozialdemokratischer Kandidat ansprechen. Im Gegenteil, fast alle Stimmen auf der Reichskonferenz haben sich letzten Endes für die Befestigung der Koalitionspolitik ausgesprochen. Herr Scheidemann hat auf's deutliche erklärt, er setze nicht den Schwur, in die Opposition zu gehen, wenn die sozialistische Mehrheit nicht errungen würde. Die Frage, die vor den Wahlen ehrlich beantwortet werden mußte, war